

Amerika.²³² Um die Reise nach Amerika zu ermöglichen, sprachen schon kurz nach Kriegsende mehrmals Auswanderungswillige bei der Regierung vor, um sich einen Auswanderungsbeitrag zu erbitten. Als sich die Fälle wiederholten und erwartet werden musste, dass die Auswanderungsziffern wieder ansteigen würden, ersuchte die Regierung den Landtag um einen generellen Beschluss, ob die Auswanderung aus Landesmitteln unterstützt werden solle. Der Landtag verneinte diese Frage, ermächtigte aber die Regierung, «berücksichtigungswürdigen Gesuchen nach ihrem Ermessen zu entsprechen».²³³ In der Praxis wurde in der Folge dann ein Auswanderungsbeitrag gewährt, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen werden konnte und sich die Heimatgemeinde überdies bereit erklärte, einen Beitrag in gleicher Höhe zu gewähren.²³⁴

Um den Auswanderern den Start in der neuen Heimat zu erleichtern, wollte sich die Regierung auch die Unterstützung des diplomatischen und konsularischen Apparates der Schweiz sichern. Über ihren Gesandten in Bern liess sie beim Eidgenössischen Politischen Departement anfragen, ob die Möglichkeit bestünde, «dass die Schweizerischen Auslandvertretungen sich in gleicher Weise auch der Liechtensteiner . . . annehmen» würden.²³⁵

Grosse Unterstützung indes konnte die Schweiz nicht anbieten, da sich ihre Gesandtschaften und Konsulate nicht — wie man in Vaduz gehofft hatte — mit der Stellenvermittlung für schweizerische Auswanderer befassten. Hingegen unterhielt das Bundesamt für Industrie und Gewerbe einen Beratungsdienst für Auswanderer, den die Schweiz in der Folge auch liechtensteinischen Auswanderungswilligen zugänglich machte.²³⁶

Trotz all dieser Massnahmen aber hielt sich die Auswanderung in Grenzen, und je mehr das Arbeitsplatzangebot in Liechtenstein erweitert wurde, desto weniger wurden die Ansuchen an die Regierung, die Aus-

232 Interview mit dem damaligen Regierungschef Dr. Alexander Frick, Schaan.

233 LRA, 245/96, Reg. an Landtag, 2. 11. 1947, Landtag an Reg., 24. 11. 1947.

234 LRA, diverse Gesuche, z. B. 265/44 und 276/44; diese Praxis wurde von Alt-Regierungschef A. Frick bestätigt.

235 LRA, 249/221, Reg. an Gesandtschaft Bern, 24. 5. 1948.

236 LRA, 255/44, div. Schreiben über die Art der Abwicklung der Beratung.